

dbb beamtenbund und tarifunion berlin

Gleichbehandlung darf keine Einbahnstraße sein!

Der der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) wertet Überlegungen, die Altersgrenzen für die Berliner Beamtinnen und Beamten heraufzusetzen, als weiteren Versuche, längst überfälligen Problemlösungen auszuweichen. Denn der alarmierende Personalnotstand in Berlin ist auf diese Weise weder zu lösen noch entscheidend einzudämmen. Im Gegenteil, wenn die „Gleichbehandlung der Beamten“ weiterhin nur auf der Negativseite zu Buche schlagen soll, dürfte die nächste Abwanderungswelle nicht lange auf sich warten lassen.

„Gleichbehandlung darf keine Einbahnstraße sein: Dazu gehört vor allem, dass die Gehälter endlich an das Niveau der beim Bund arbeitenden Kolleginnen und Kollegen angepasst werden, dass alle Berliner Lehrer/innen - wie in der übrigen Republik - verbeamtet werden und dass verfassungsrechtliche Vorgaben bei der Bezahlung Beachtung finden“, stellt dbb Landeschef Becker klar. Bevor diese Ungleichbehandlungen der Landesbeamtinnen und -beamten nicht bereinigt seien, verbiete sich jeder weitere Einschnitt bei den Beschäftigungsbedingungen.

Pressemitteilung

Berlin, 20. Oktober 2021